

Ein Parlament für Sorben und Wenden

Sorben und Wenden sollen mehr Mitspracherecht bekommen, die Initiativegruppe »Serbski Sejm« will sie daher an die Wahlurne holen.

VON LAURA JAKOB
UND TONY KEIL

LAUSITZ. Im kommenden Jahr soll die erste demokratisch legitimierte Volksvertretung für Sorben und Wenden gewählt werden. Das neue Parlament, »Serbski Sejm«, will sich für das Volk der Sorben und Wenden stark machen.

»Es ist die Folge von gesellschaftlicher Nichtanerkennung, dass die Sorbische Sprache und Kultur so schnell verschwindet«, so Martin Walde, Sprecher der Initiative in der Oberlausitz.

Das Volk der Sorben musste seine Sprache ver-

gessen und seine Kultur anpassen. Sie haben zu öffentlichen höheren Ämtern des Staates keinen Zugang, es sei denn, sie wechseln zum deutschen über. Viele sorbische Lehrer werden in Schulen nicht eingesetzt. Dafür, dass dies alles geändert wird, will sich die »Serbski Sejm« stark machen.

24 ehrenamtlich arbeitende Mitglieder sollen dem

Gremium angehören, welche allein von den Bürgern, die sich als Sorbe und Wende bekennen, gewählt werden. Die Kandidaten können Vereine, kirchliche Verbände und Organisationen vorschlagen. Jeder Wähler muss sich in eine Liste eintragen. Die Wahl soll per Briefwahl erfolgen, die von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern beaufsichtigt wird.

Um die Wahl abzusichern, hat die »Serbski Sejm« einen Antrag über 350.000 Euro bei der Stiftung für das sorbische Volk beantragt, welche voraussichtlich im November darüber entscheiden wird.

Unterstützung in der Politik

Einer, der die Initiative unterstützt, ist Linken-



Hartmut S. Leipner, Andreas Kluge und Martin Schneider sind Mitglieder der Initiative »Serbski Sejm«.
Foto: Laura Jakob

Politiker Heiko Kosel. Laut Rechtsdefinition des Übereinkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer UN-Organisation, haben die Sorben als eigenständiges indigenes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung innerhalb des Staates.

»Zur Schließung der Demokratie- und Mitbestimmungslücke, von der die Sorben/Wenden betroffen sind, ist als Mindestforderungen die Stärkung der Entscheidungskompetenz der sorbischen Vertreter im Stiftungsrat zu benennen. Bezüglich der Sorbenräte bei den Landtagen in Sachsen und Brandenburg hat sich die Gewährung bloßer Anhörungsrechte als nicht ausreichend erwiesen, sodass wirkliche Mitbestimmungsrechte einzuräumen sind. Das der Domowina in Brandenburg eingeräumte Verbandsklagerecht ist auch in Sachsen und auf Bundesebene einzuführen. Zur Sicherung gleichbe-

rechtiger Teilhabe für die Sorben sind die Bundesländer Sachsen und Brandenburg sowie der Bund in der Pflicht, die rechtliche und faktische Absicherung der aktuell vorbereiteten Wahl einer demokratisch legitimierten Volksvertretung zu unterstützen«, erklärt Heiko Kosel auf seiner Website.

ILO 169

Nicht ratifiziert

Deutschland hat das ILO-Übereinkommen 169 bis heute nicht ratifiziert. Vier Versuche der Opposition im Deutschen Bundestag in den Jahren 1993, 2012, 2015 & 2017 zur Ratifizierung dieser bedeutenden Menschenrechtsnorm, wurden mehrheitlich abgelehnt. U.a. im März 2017 mit der Begründung »es gäbe in Deutschland kein indigenes Volk«.